



Nr. 10/2012

Oktober

Landesentwicklungsprogramm: Ein Entwurf mit Schwächen

- ❑ **Landesentwicklungsprogramm:
Entwurf mit Schwächen.** Seite 1
- ❑ **EU-Dienstleistungskonzession ist
nicht notwendig.** Seite 3
- ❑ **Arbeitsgemeinschaft der Großen
Kreisstädte.** Seite 4
- ❑ **Positiver Trend bei der
Gewerbsteuer.** Seite 5
- ❑ **Diskussion mit Kultusminister
Spaenle im Schulausschuss.** Seite 6

Die Staatsregierung hat mit dem Landesentwicklungsprogramm Bayern einen Entwurf in die Verbändeanhörung gegeben, der - trotz mancher Schwächen - gute Ansätze erkennen lässt. Erfreulich ist, dass die Staatsregierung an dem Vorhaben festhält, ein Gesamtkonzept für die mittelfristige räumliche Entwicklung Bayerns zu verabschieden. Deutlich zu kritisieren ist die viel zu knapp bemessene Frist zur Stellungnahme im Anhörungsverfahren.

Städte und Gemeinden akzeptieren Zielvorgaben, an denen sich die kommunale Planung orientieren kann. Die kommunale Planung hat in erster Linie das eigene Gemeindegebiet und die Belange angrenzender Städte und Gemeinden im Blick. Innerhalb dieser „Verbünde“ funktioniert die Interessenabstimmung in den meisten Fällen gut. Damit diese Interessen zusammengeführt werden können, um Impulse für die positive Entwicklung aller Städte und Gemeinden und schließlich für Bayern zu setzen, braucht es eine überfachliche, überörtliche Planung, die ordnende Hand des Freistaats.

Der Entwurf der Staatsregierung zeigt in die richtige Richtung. Gewiss hat der Entwurf Schwächen. Es fehlt eine tiefere Auseinandersetzung mit Problemen, wie dem demographischen Wandel, der Energiewende oder der Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Diese Schwächen dürfen aber den LEP-Entwurf nicht gänzlich in Frage

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Internet: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bernhard Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

stellen. Die Verbandsanhörung gibt Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen und die guten Ansätze fortzuentwickeln, Lücken zu schließen und falsche Festlegungen zu streichen. Es bleibt abzuwarten, ob der für die Gesamtfortschreibung knapp bemessene Zeitrahmen der Staatsregierung diesem ambitionierten Ziel genügt.

Die Landesentwicklung darf nicht dem Spiel der Märkte überlassen bleiben. Ein ungezügelter Wildwuchs muss verhindert werden: Das Anbindungsgebot und das Einzelhandelsziel leisten einen unverzichtbaren Beitrag.

Das Anbindungsgebot ist das wichtigste Instrument der Landesplanung, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Das Anbindungsziel sichert die Kulturlandschaft des Freistaats, zusammenhängende Flächen für Natur und Tierwelt und belässt den Außenbereich der Erholung.

Eine kompakte Siedlungsstruktur wird dem demographischen Wandel und dem Klimawandel gerecht. Sie sichert kurze Wege, erleichtert die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und ermöglicht eine wirtschaftliche Wahrnehmung der Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Deshalb muss das Anbindungsgebot als verbindliches Ziel im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben werden.

Dagegen schützen restriktive Regelungen zum großflächigen Einzelhandel die Vitalität der Innenstädte, stellen eine verbrauchernahe Versorgung und die Erreichbarkeit der Märkte durch den öffentlichen Personennahverkehr sicher.

Bevölkerungsrückgang und Strukturdefizite in bestimmten Regionen Bayerns lassen sich nicht durch eine übertriebene Flächenausweisung für Einzelhandelsgroßprojekte abmildern oder rückgängig machen. Strukturpolitik funktioniert nicht auf Kosten des Schutzes von Einzelhandel, Vitalität der Innenstädte und verbrauchernahe Versorgung. Neue Supermärkte oder Factory Outlet Center werden Abwanderung nicht verhindern und erst recht nicht junge Menschen anlocken.

Die beste Möglichkeit der Stärkung des ländlichen Raums ist die flächendeckende, an das Zentrale-Orte-System anknüpfende Bereitstellung von Hochschuleinrichtungen. Dies zeigen erfreuliche Beispiele in Deggendorf oder Marktredwitz. Außenstellen von Hochschulen können enorme Impulse für die Region setzen. Der Bayerische Städtetag fordert deshalb eine entsprechende Zielfestlegung im künftigen Landesentwicklungsprogramm.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Treffen mit EU-Parlamentariern

Städte lehnen EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ab

Wie bereits berichtet (Informationsbrief Nr. 6 / 2012), legte die EU-Kommission den Entwurf einer Dienstleistungskonzessionsrichtlinie vor, obwohl das EU-Parlament noch im Mai 2010 einen eigenen Rechtsakt für Dienstleistungskonzessionen für „nicht erforderlich“ gehalten hat.

Am 27. September 2012 fand unter Leitung des Bayerischen Städtetags ein Gespräch der bayerischen kommunalen Spitzenverbände mit dem Vorsitzenden der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Markus Ferber, der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, zwei Vertretern der EU-Kommission sowie der Leiterin des Europabüros der Bayerischen Kommunen statt.

Die Kommunen lehnen den Vorschlag für eine EU-Richtlinie zu Konzessionen ab, weil hierfür kein Handlungsbedarf besteht. Die Kommission hat mit dem Richtlinienentwurf das Versprechen, die Vergabe von Konzessionen in einem „schlanken“ Regime zu regeln, nicht erfüllt. Es drohen erhebliche Rechtsunsicherheiten und kostenträchtige Verwaltungs- und Rechtsschutzverfahren für die Kommunen. Dies bedeutet im Ergebnis mehr Bürokratie ohne europäischen Nutzen.

Sollten Kommission und Parlament das Richtlinienvorhaben weiter verfolgen, fordern die Kommunen, den gesamten Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) vom Anwendungsbereich herauszunehmen. Falls diese Forderung nicht erfüllt wird, werden mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung spezielle Ausnahmetatbestände für die folgenden Bereiche gefordert: Kommunaler Wassersektor (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Wasserbauvorhaben);

Rettungsdienstleistungen; Sozialdienstleistungen; Wegenutzungsrechte; Energie- und Bürgerbeteiligungsmodelle.

Darüber hinaus fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Erhöhung der Schwellenwerte.

In dem Gespräch wurde deutlich, dass es der EU-Kommission auch beim Thema „Wasser“ im Kern um Liberalisierungsbestrebungen geht, die jedoch in der amtlichen Kommunikation so nicht deutlich angesprochen werden. Im Ergebnis droht insbesondere in der kommunalen Wasserversorgung die Gefahr einer tiefgreifenden Strukturveränderung. Besonders bedenklich ist auch, dass die „Beziehungen zwischen öffentlichen Stellen“ geregelt werden sollen. Hier besteht die Gefahr, dass auch Stadtwerke in vollständigem kommunalen Eigentum den neuen Konzessionsvergebepflichten unterfallen würden. Das bisherige Inhouse-Privileg würde entfallen. Ebenso wäre die interkommunale Zusammenarbeit von der Richtlinie umfasst.

Die kommunalen Spitzenverbände lehnen daher eine gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen öffentlichen Stellen ab.

Im Gespräch sagten die Europaabgeordneten zu, sich weiterhin für die kommunalen Positionen sowie für die Änderungsanträge einzusetzen. Das Europabüro hat Änderungsanträge an bayerische Europaabgeordnete mit der Bitte um Unterstützung gesandt.

Kontakt: claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de

Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte in Dachau

Von Finanzausgleich und Fiskalpakt bis Krippenausbau

Das jährliche Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte fand dieses Jahr auf Einladung von Oberbürgermeister Peter Bürgel in Dachau statt. Die Stadtoberhäupter haben bei ihrer zweitägigen Sitzung über aktuelle kommunalpolitische Themen beraten und ihre Erfahrungen ausgetauscht.

Am Auftakt der Tagung stand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg. Schwerpunkte des Gesprächs waren Ergebnis und Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs, die Auswirkungen des EU-Fiskalpakts auf die Kommunen und der Ausbau der Krippenbetreuung.

Maly zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2013. Insbesondere die weitere Anhebung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf nun 12,75 Prozent entfaltet eine dauerhafte Wirkung über 2013 hinaus. Das Ziel einer Verbundquote von 15 Prozent muss allerdings künftig mit noch größeren Schritten erreicht werden.

Hervorgehoben hat Maly, dass der nach schwierigen Gesprächen innerhalb der kommunalen Familie gefundene Kompromiss bei der Einwohnergewichtung vom Bayerischen Städtetag solidarisch mitgetragen wird. Die damit einhergehende Umverteilung von den größeren Städten zu den kleinen Gemeinden ist kein erster Schritt, sondern ein großer Schritt, so Maly. Ob ein weiterer Schritt erforderlich ist, soll nun durch ein wissenschaftliches Gutachten geprüft werden. Auf Zustimmung bei den Oberbürgermeistern traf insbesondere die Überlegung

Malys, bei der Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs eine stärkere Gewichtung der Zentralitätsfunktionen der Städte und Gemeinden zu prüfen.

Der Kampf der EU gegen die Staatsschuldenkrise trifft nicht nur die nationale Ebene der EU-Mitgliedsländer. Auch die Kommunen werden die Auswirkungen des Fiskalpakts zu spüren bekommen. Während die deutsche Schuldenbremse auf Land und Bund wirkt, sind die Kommunen beim Fiskalpakt bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits mit einbezogen.

Somit werden die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen enger. Wenn der Fiskalpakt dem bayerischen Finanzminister Daumenschrauben ansetzt, ist schon jetzt absehbar, dass künftige Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich in Bayern schwieriger werden – der Freistaat darf seine Kommunen nicht im Regen stehen lassen.

Der Erfahrungsaustausch zum Krippenausbau hat gezeigt, dass die Großen Kreisstädte hier auf einem guten Weg sind. Einmütig unterstützt wurde die Forderung des Bayerischen Städtetags, das bis Ende 2013 befristete Investitionsförderprogramm unbefristet zu verlängern.

Kontakt: bernd.buckenhofer@bay-staedtetag.de

Umfrage des Bayerischen Städtetags zu Gewerbesteuer

Positiver Trend bei den Steuereinnahmen setzt sich fort

Die aktuelle Umfrage des Bayerischen Städtetags bei den kreisfreien Städten in Bayern zum Gewerbesteueraufkommen für das 3. Quartal 2012 bestätigt den positiven Trend aus dem ersten Halbjahr: Es belief sich auf 994 Mio. Euro und liegt um rund 23,5 Prozent über dem Ergebnis vom Vorjahr (804 Mio. Euro).

Die kräftigen Zuwächse im ersten und dritten Quartal haben dazu geführt, dass für den Zeitraum 1.1. bis 30.9.2012 mit einem Gewerbesteueraufkommen der kreisfreien Städte von 2.725 Mio. Euro (+ 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum) ein neuer Spitzenwert erreicht wird. Das Steueraufkommen liegt deutlich (+ 7,8 Prozent) über dem Spitzenergebnis aus dem Jahr 2008 (2.527 Mio. Euro).

Das erfreuliche Gesamtaufkommen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Anstieg regional sehr unterschiedlich darstellt. Zwar können mehr als die Hälfte der kreisfreien Städte gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres höhere Steuereinnahmen verbuchen, dennoch haben einige Städte Rückgänge mit bis zu 44 Prozent zu verkräften.

Die Beträge der gemeindlichen Steuerbeteiligungen aller bayerischen Städte und Gemeinden haben im dritten Quartal mit einem Aufkommen von 1.679,47 Mio. Euro eine sehr positive Entwicklung genommen (+ 10,4 Prozent gegenüber Vorjahresquartal). Damit konnte der Rückgang im zweiten Quartal wettgemacht werden und die Planansätze im Haushalt 2012 dürften überwiegend nicht gefährdet sein.

Einen deutlichen Schub gab es bei der Einkommensteuerbeteiligung mit einem

Aufkommen von 1.403,98 Mio. Euro. Dies entspricht einem Anstieg um 10,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum und einem Plus von 5,2 Prozent zum 2. Quartal 2012 (1.334,01 Mio. Euro).

Gleiches gilt für die Umsatzsteuerbeteiligung, die mit 153,38 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahresquartal einen starken Anstieg genommen hat (7,3 Prozent).

Betrachtet man das Gesamtaufkommen der Steuerbeteiligungsbeträge für den Zeitraum 1.1. bis 30.9.2012 (4.956,61 Mio. Euro), ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Plus von rund 7 Prozent und erreicht einen neuen Rekordwert.

Die Einkommensteuerbeteiligung liegt mit einem Plus von rund 7,2 Prozent nun deutlich über der Projektion der Steuerschätzung vom Mai 2012 (+ 6 Prozent).

Trotz der konjunkturell bedingt steigenden Steuereinnahmen erfolgt der Blick in die Zukunft mit gemischten Gefühlen. Insbesondere die Euro- und Staatsschuldenkrise wird sich stärker auf die Konjunktur in Deutschland auswirken und bei den kommunalen Steuereinnahmen bemerkbar machen.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Kultusminister Spaenle im Schulausschuss des Städtetags

Diskussion über Konnexität bei Inklusion und aktuelle Schulfragen

In seiner Herbstsitzung am 12. Oktober hat der Schulausschuss des Bayerischen Städtetags unter Vorsitz von Bürgermeisterin Christine Strobl, München, mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, aktuelle bildungspolitische Themen erörtert.

Der Minister hat sich mehr als zwei Stunden für den Gedankenaustausch mit den kommunalen Schulpolitikern Zeit genommen. Begleitet wurde er von drei Spitzenbeamten aus seinem Haus und einem Vertreter des Finanzministeriums. Das großzügige Zeitbudget ermöglichte es, auf drängende Punkte vertieft einzugehen.

Bei der Inklusion standen die kommunalen Forderungen nach Anerkennung der Konnexität und insbesondere nach einer stärkeren Unterstützung bei notwendigen Investitionsmaßnahmen im Mittelpunkt. Auf die Frage, wann die Kommunen mit konkreten Verbesserungen rechnen können, nannte der Minister keinen bestimmten Zeitpunkt, signalisierte aber Gesprächsbereitschaft.

Spaenle machte darüber hinaus deutlich, dass er die unterschiedliche Genehmigungs- und Förderpraxis in den sieben Regierungsbezirken vereinheitlichen will. Bei der Konnexität sieht er sich an das Gesetz des Landtags gebunden. Der Schulausschuss erinnerte daran, dass die verfehlten Aussagen zur Konnexität aus dem Kultusministerium stammen und der Landtag bei einer Vorgängerregelung aus dem Jahr 2003 die Konnexität schon einmal anerkannt hatte.

Zur Schwerpunktforderung des Städtetags nach einer Verbesserung der Lehrpersonalbezuschussung konnte der Schulausschuss auf eine staatlich-kommunale Arbeitsgruppe verwei-

sen. Diese hat aufgezeigt, dass die Bemessungsgrundlagen des Gesetzes nicht der Realität entsprechen und die Städte benachteiligen. Zudem enthält der Koalitionsvertrag die Ankündigung, eine Erhöhung der Förderung für die kommunalen Schulen anzustreben. Auf Nachfrage, wann diese Erhöhung kommt, teilte der Minister mit, dass er sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für eine Verbesserung in zwei Stufen eingesetzt habe, damit bislang aber nicht durchdringen konnte.

Beim Pilotprojekt Digitales Bildungsnetz Bayern kam zur Sprache, dass der Anspruch einer möglichst hohen Verfügbarkeit der Computertechnik im Unterricht mit hohen Kosten und Personalaufwand verbunden ist. Wie die Finanzierung eines landesweiten Einsatzes nach der Pilotphase aussehen soll und welche dauerhafte Unterstützung die Kommunen dabei vom Finanzministerium erwarten können, blieb offen. Der Schulausschuss regte darüber hinaus an, aus dem Topf der Lernmittelfreiheit künftig auch die Anschaffung neuer Medien zu ermöglichen.

Zum Wunsch nach einer Verbesserung der Ausstattung für die Ganztagschule, insbesondere in den beiden ersten Jahrgangsstufen der Grundschule, verwies der Minister darauf, dass der Freistaat im bundesweiten Vergleich das höchste Kontingent zur Verfügung stelle. Auf grundsätzlich positive Resonanz stieß die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Der Schulausschuss erwartet sich allerdings auch eine entsprechende organisatorische, finanzielle und personelle Unterstützung des Staates bei der Umsetzung.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Deutliche Hausnummern können Leben retten

Versteckte oder schlecht erkennbare Hausnummern führen häufig zu verzögerten Hilfeleistungen durch Feuerwehr und Rettungsdienst. Darauf hat jetzt der Landesfeuerwehrverband Bayern hingewiesen. Es sollte im Interesse jeder Bürgerin und jedes Bürgers sein, dass die Einsatzkräfte die Hausnummernschilder jederzeit, im Notfall auch nachts und aus einem Fahrzeug heraus, deutlich erkennen können. Eine gut sichtbare Hausnummer kann helfen, Leben zu retten oder Sachschäden zu verhindern.

Nach Meinung des Bayerischen Städtetags lässt das Problembewusstsein hier nicht bei den Städten und Gemeinden, sondern bei den Hauseigentümern zu wünschen übrig. Die kommunalen Satzungen weisen – entsprechend der Mustersatzung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern – in aller Regel auf die Wichtigkeit einer lesbaren Beschilderung hin. Nur halten sich die Hauseigentümer offensichtlich nicht immer an gemeindliche Vorgaben und Empfehlungen.

Eine kommunale Einwirkungsmöglichkeit liegt – im Rahmen der Möglichkeiten von Städten und Gemeinden – in einer verstärkten „Überzeugungsarbeit“ gegenüber den Hauseigentümern vor Ort.

Kontakt: wolfgang.springer@bay-staedtetag.de

Ausstellung „Leben bejahen – in all seinen Formen“ in Coburg

Das Diakonische Werk Coburg zeigt anlässlich seines 100. Geburtstags zusammen mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz und dem Evangelischen Bildungswerk von Anfang Oktober bis Anfang November in der Moritzkirche Coburg eine Ausstellung über den Mord an behinderten Menschen in Grafeneck. Dort war eine von sechs Tötungsanstalten, in der 1940/41 im Rahmen der so genannten „Euthanasie“ 140.000 Menschen ermordet wurden, erstmals auch durch den Einsatz von Giftgas. Zur Ausstellung gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm und ein für Menschen mit Behinderungen speziell aufbereitetes Begleitheft. Unter www.ebw-coburg.de sind die Veranstaltungstermine abrufbar.

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

Persönliche Nachrichten

Verstorben

ist Erster Bürgermeister **Dr. Stephan Merz**, Burgkirchen a. d. Alz.

Ehrungen

Den Bayerischen Verdienstorden erhielten Oberbürgermeister **Norbert Kastner**, Coburg, Bezirksvorsitzender in Oberfranken und Mitglied im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Gerhard Preß**, Rödental, Vorsitzender des Ausschusses der kreisangehörigen Verbandsmitglieder.

Wahlen

Wieder gewählt wurden Erster Bürgermeister **Erich Odörfer**, Altdorf b. Nürnberg, Erste Bürgermeisterin **Ilse Oswald**, Regen, Erster Bürgermeister **Dr. Stefan Straßmair**, Hohenbrunn.

Neu gewählt wurden **Uwe Raab**, Pegnitz als Nachfolger von Erstem Bürgermeister **Manfred Thümmler**, **Thorsten Wozniak**, Gerolzhofen, als Nachfolger von Erster Bürgermeisterin **Irmgard Krammer**.

Geburtstage

Im Oktober 2012 feiern

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Edgar Fellner**, Mainburg,

den 65. Geburtstag: Forstoberamtsrat **Joachim Fischer**, Eltmann, Mitglied im Forstausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Gerhard Preß**, Rödental, Vorsitzender des Ausschusses der kreisangehörigen Verbandsmitglieder, Bürgermeister **Horst Schwarzer**, Neuötting, Oberbürgermeister **Christian Ude**, Landeshauptstadt München, Präsident des Deutschen Städtetags und Mitglied im Vorstand des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag: Bürgermeister Franz-**Xaver Eckl**, Bogen, Bürgermeisterin **Adeline Friedrich**, Zeil a. M., Bürgermeister **Xaver Hagn**, Landau a.d.l..

Termine

26.10.2012	Sozialausschuss in München
31.10.2012	Kämmerertagung Oberbayern in Freilassing
06./07.11.2012	Vorstand in Brüssel
07.11.2012	Kämmerertagung Mittelfranken in Heilsbronn
08.11.2012	Pressekonferenz in München
13.11.2012	Kulturausschuss in München
13.11.2012	Bezirksversammlung Schwaben in Illertissen
14.11.2012	Arbeitskreis Informations- und Kommunikationstechnologie in Königsbrunn
14.11.2012	Kämmerertagung Schwaben in Mering
15.11.2012	Bezirksversammlung Oberbayern in Erding
15.11.2012	Kämmerertagung Oberfranken in Kemnath
27.11.2012	Bezirksversammlung Niederbayern in Passau
29.11.2012	Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz in Passau
07.12.2012	Kämmerertagung Unterfranken in Würzburg
22.01.2013	Verwaltungs- und Rechtsausschuss in München
24.01.2013	Arbeitskreis Finanzen in München
25.01.2013	Finanzausschuss in München
29.01.2013	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
19.02.2013	Vorstand in München
21.02.2013	Pressekonferenz in München
11.04.2013	Umweltausschuss
11.04.2013	Arbeitskreis Finanzen in München
12.04.2013	Finanzausschuss in München

abgeschlossen am 16. Oktober 2012